

Um die westdeutschen Bauern auch ideologisch für die „Zusammenarbeit“ zu gewinnen, wird von Presseorganen der Großbourgeoisie oder von Großaktionären pharisäisch erklärt, die Industrie wünsche die „Partnerschaft“, und die Landwirtschaft möge sich nicht in „freiwillige Isolierung“ begeben. Über Verträge oder Vereinbarungen sollen möglichst schon bis 1975 alle landwirtschaftlichen Betriebe in dieses System einbezogen sein.

Nutzen für das Großkapital

Während die Selbstvermarktung landwirtschaftlicher Erzeugnisse nicht gefördert wird, gibt der Bonner Staat seit Jahren Zuschüsse zum Auf- und Ausbau industrieller Vermarktungseinrichtungen. Außerdem wird von Landwirtschaftskammern und -schulen ein Beratungssystem unterhalten, das mithilft, die vertikale Integration voranzutreiben und durch Qualitätskontrolle in den verschiedenen Erzeugergemeinschaften der Ernährungsindustrie Vorteile zu verschaffen. Die positiven Auswirkungen für die Monopole lassen sich an der Umsatzsteigerung, den Kapitalanlagen und der Dividendenerhöhung ablesen. Beispielsweise stieg der Reingewinn des Unileverkonzerns von 1965 zu 1966 um 36 Millionen DM, wurden 1965 rund 114 Mill. DM an Dividenden ausgeschüttet, so im Jahre 1966 insgesamt 259 Mill. DM. Das Anlagevermögen wurde um 120 Mill. DM erhöht. Der Umsatz des Nestle-Konzerns stieg im gleichen Zeitraum um 600 Mill. DM auf rund 7 Mrd. DM. Beide Konzerne beherrschen mit einem Anteil von 60 Prozent den westdeutschen Markt für Tiefkühlkost. Bezeichnend für das Bonner System ist, daß die Ernährungswirtschaft 1967 fast doppelt so hohe Umsätze erzielte

wie die Landwirtschaft. Während im Jahr 1967 die landwirtschaftlichen Erzeugerpreise um durchschnittlich 9 Prozent sanken, blieben die Verbraucherpreise für Lebensmittel fast gleich. Was die Bauern einbüßen, wandert in die Taschen der Konzerne.

Die Bauern hatten seit 1966 Einkommensverluste von mehr als 2 Mrd. DM und haben einen Schuldenberg von fast 23 Mrd. DM zu tragen. Rund 1,3 Mrd. DM mußten die westdeutschen Bauern 1967 den Banken an Zinsleistungen erbringen. Über 100 Mill. DM wurden ihnen allein durch Preissteigerungen für landwirtschaftliche Betriebsmittel aus der Tasche gezogen. Und immer weniger Anteil bleibt den Bauern an einer Mark Lebensmittel verbrauch. Bei Getreideerzeugnissen hat der Produzent nur noch 20 Pfg, die übrigen 80 Pfg kassieren Verarbeitungsindustrie, Vermarktung, Handel. Obwohl im Bereich des Handels und der Verarbeitung große Rationalisierungserfolge und eine enorme Konzentration sichtbar sind, zahlt der Verbraucher tüchtig drauf. Der Zuckerrübenpreis sank um 50 Pfg je dt, der Zuckerprijs blieb hoch. Die Südzucker AG mit Bankier Abs an der Spitze scheffelte dabei enorm. Sie zahlt 18 Prozent Dividende und schüttet für 1966/67 rund 72 Mill. DM zur Verteilung an die Aktionäre aus.

Demokratische Selbsthilfe

Mit der Bildung bäuerlicher Produktionszusammenschlüsse und der allmählichen Integration der Landwirtschaft mit der Industrie geht in Westdeutschland ein objektiver Prozeß vor sich, der unter den Bedingungen des staatsmonopolistischen Kapitalismus auf Kosten der Arbeiter, Bauern und übrigen Werktätigen erfolgt. Bäuerliche Produktions-

vereinigungen ermöglichen die bessere Nutzung der Technik und die nutzbringende Anwendung neuer Produktionsverfahren. Aber sie ändern nichts Grundlegendes am kapitalistischen Ausbeutersystem, sondern sollen noch wohlfeiler den Monopolen dienstbar werden. Selbst bei einer gemeinschaftlich organisierten Landwirtschaft stehen in Westdeutschland landwirtschaftliche Produzenten der geballten Kraft der Konzerne gegenüber, die bei der Vertragslandwirtschaft einzig und allein Hauptnutznießer sein und bleiben wollen. Daraus ist ersichtlich, daß die vertikale Integration und die von Bonn angestrebte horizontale Vereinigung der Produzenten eine reaktionäre Antwort auf einen objektiv notwendigen Prozeß ist. Es ergibt sich die Schlußfolgerung, daß die Bauern in Westdeutschland erst dann echte demokratische Selbsthilfeorgane schaffen können, wenn sie den schonungslosen Kampf um Brechung der Vormachtstellung der Imperialisten und Militaristen führen, wenn sie beherzigen, was im Programmentwurf der KPD gesagt wird, daß nämlich in Westdeutschland eine Klassenherrschaft, die Diktatur der Millionäre über die Millionen werktätigen Menschen besteht und die Bauern zur Selbstverteidigung schreiten müssen:

„Die Bauernschaft wird ihre Forderungen erfolgreich vertreten, wenn sie ihre Vereinigungen als Kampforganisationen versteht, den Einfluß der großbürgerlichen Parteien und nationalisticr Kräfte überwindet, wenn sie sich mit der Arbeiterklasse und der demokratischen Bewegung verbindet“ *) Herbert Arndt

Dr. Amandus Siebert

i) Das Programm der Kommunistischen Partei Deutschlands (Entwurf). In: Neues Deutschland, Nr. 43, 13. Februar 1968.